Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 1-2

Artikel: Ziel und Weg
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334932

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

23. JAHRGANG -- SEPT./OKT. 1943 -- HEFT 1/2

Ziel und Weg

Von Robert Grimm

Kein Zweifel — die schweizerische Arbeiterschaft und mit ihr die Sozialdemokratische Partei stehen in einer Krise. Der kommende Parteitag mit seinen vielen, gegensätzlichen Anträgen ist ein Ausdruck davon.

Es wäre sinnlos, die Krise leugnen zu wollen, und es hieße den Kopf in den Sand stecken, es zu tun. Je klarer wir die Dinge und deren Ursachen erkennen, um so besser für die Zukunft, unbekümmert darum, wie immer auch die Gegner unsere Erkenntnisse demagogisch ausschlachten werden.

Der gegenwärtige Zustand ist an sich nicht verwunderlich. Im Gegenteil. Gibt man sich Rechenschaft über die Vergangenheit, muß man sich vielmehr darüber wundern, daß die Krise nicht viel früher und viel umfassender eintrat.

In der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen liegen die Spaltungen der Arbeiterschaft im internationalen Ausmaß, die erbitterten Kämpfe zwischen den Kommunisten und der Sozialdemokratie, die Zerstörung der großen Hoffnungen in der letzten Nachkriegszeit. Diese Zeit ist gekennzeichnet durch das Aufkommen des Faschismus, durch die Vernichtung der meisten sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften in den festländischen Staaten Europas, durch den Zerfall der Sozialistischen Arbeiterinternationale, durch die Kapitulation des Sozialismus vor dem Faschismus.

Im Vorfeld dieses Weltkrieges lag die Ohnmacht des Völkerbundes, lagen die Konferenzen des unglücklichen Chamberlain und das Auffressen der mitteleuropäischen Staaten. Dann kam der Krieg. Er war von Anfang an ein Krieg mit wechselnden Fronten, und er wird es wohl bleiben. Abgesehen von dem Grauen und der Unmenschlichkeit des Kriegsverlaufs, von den seelischen Erschütterungen, von der Zerstörung des Glaubens an das Gute und an die Möglichkeit einer wahren Völkerverständigung, warfen die sich jagenden Ereignisse viele aus der Bahn des vernünftigen Denkens. Man erinnere sich an Finnland, an die kriegerischen Überfälle auf die Kleinstaaten, an den faschistisch-sowjetistischen Bündnisvertrag, an den Zusammenbruch Frankreichs, an den deutsch-russischen Krieg, an die auf Grund vorübergehender Erfolge gemachten Fehlprophezeiungen der Achse, an die Auflösung der Kommunistischen

Internationale und schließlich an das jüngste Ereignis, an die plötzliche Auswischung des Faschismus in Italien — fürwahr Ereignisse genug, um die Nerven zu zerreißen, die seelischen Erschütterungen zu steigern und die Verwirrung riesengroß anschwellen zu lassen.

Bei dieser Fülle von wechselnden, einander widersprechenden, in ihren Zusammenhängen keineswegs auf den ersten Blick erklärlichen Erscheinungen ist in einem neutralen Lande der immer mehr um sich greifende Haß gegen Gewalt und Terror ebenso verständlich, wie der Degout vor so viel Grausamkeit und das aus tiefstem Sehnen quellende Streben nach einer endgültigen Verhinderung von solchen Zuständen in der Zukunft.

Diese Dinge vermischen sich mit einem andern. Die Schweiz blieb bis heute von Krieg verschont. Es gab Augenblicke, da er in unmittelbarer Nähe und uns ein Schicksal zu drohen schien, wie andern Staaten, die in die Tretmühle des Faschismus geraten waren. Solche Momente — ich denke an die Zeit der Auslöschung der Tschechoslowakei und Österreichs, an die Einmärsche in Holland und Belgien, in Dänemark und Norwegen, an den Zusammenbruch Frankreichs — fanden nicht immer ein starkes Geschlecht, und der bis jetzt glückliche Ausgang für die Schweiz lag eher an den Verhältnissen, als an den Menschen selbst. Auch diese Ereignisse warfen große Schatten, brachten Erschütterungen, Ungewißheit und Unsicherheit.

Dabei sind wir heute noch keineswegs über den Berg. Man muß es ruhig aussprechen: durch die jüngsten Vorgänge auf den Kriegschauplätzen sind die Gefahren für unser Land nicht kleiner geworden. Man kann darüber jetzt und hier nicht offen reden, aber man muß sich Rechenschaft über mögliche Verschiebungen auf den Kriegschauplätzen und ihrer Rückwirkungen auf die Schweiz geben. Dazu kommen die wirtschaftlichen und sozialen Bedrängnisse, die sich um so stärker Geltung verschaffen, je länger der Krieg dauert. So wird das Bangen um die Zukunft, die Undeutlichkeit künftigen Geschehens, die Furcht, das Schicksal anderer könnte sich zum eigenen Schicksal wandeln, noch einmal angereizt.

*

Die sozialdemokratische Parteileitung hat mit Recht in ihrem Programm «*Die neue Schweiz*» gemeinsame Aufgaben und Richtlinien für die Zukunft aufzustellen versucht. Die Bedeutung der «Neuen Schweiz» liegt weniger darin, ob alle Probleme in der Perspektive einer in ihrem Einzelverlauf keineswegs klaren Entwicklung richtig gestellt, Sätze und Kapitel präzis formuliert seien. Das Programm erhält seinen geschichtlichen Wert vielmehr durch die Tatsache, daß es den naiven Glauben zerstört, als ob wir nach dem Kriege dort weiterfahren würden, wo wir im September 1939 aufgehört haben, daß es Ziele — und zwar menschliche Ziele für die Zukunft — umreißt, daß es eine Partei und eine Bewegung gibt, die diesen Zielen klar Ausdruck verleiht, an sie glaubt und für sie kämpft.

Dabei dürfen wir als Realisten eines nicht übersehen. Die «Neue Schweiz» ist ein *Programm für die Nachkriegszeit*. Wir können heute nicht wissen, wann sie beginnt, wie sie beginnt und was sie bringt. Wir

können nicht voraussehen, ob alle Voraussetzungen, die dem Programm zugrunde liegen, so eintreten werden, wie sie heute als Annahme gelten mögen. Wir wissen ebensowenig, wie der Krieg ausgehen, welche Machtverschiebungen er zeitigen wird und welche neuen Machtfaktoren auftreten und welches Zusammenspiel sie nehmen werden. Das ist den Urhebern des Programms alles nicht verborgen. Wesentlich aber ist, daß sich die Partei nicht einfach mit der Gegenwart und ihren Tagesfragen begnügt, daß sie an das Nachher denkt und selbst, wenn sie über das Ziel hinausschießen sollte, mit ihren Forderungen neues Denken, neues Erleben und neue Hoffnungen weckt.

*

Wesentlich ist aber nicht nur das Programm. Ebenso entscheidend ist der *Weg*. Auch hier gilt der Vierzeiler:

Das Ziel nicht zeige, zeige auch den Weg!
Denn so verwachsen ist hienieden Weg und Ziel,
Daß eines stets sich ändert mit dem andern
Und andrer Weg auch andres Ziel erzeugt.

Um die *Wahl des Weges* geht es auf diesem Parteitag, weniger um das Ziel selbst, das in den Formulierungen des Programms in der Hauptsache unangefochten sein dürfte.

Wollen wir über den Weg uns klar werden, sind zunächst einige Feststellungen zu machen und Betrachtungen anzustellen. Vorweg die eine. Das Programm ist die *Plattform einer politischen Minderheit*. Diese Minderheit ist sogar in den letzten Jahren sehr viel kleiner geworden. Und wir machen im internen Parteileben sehr häufig die Erfahrung: je kleiner die Minderheit, um so lauter der Ausdruck der Stimme. Im Gegensatz zur Partei mustern die Gewerkschaften mehr als das Achtfache der eingeschriebenen Parteimitglieder, sie haben ihre Bestände in den letzten Jahren beachtlich vermehrt und ihre Stimme erschallt mehr intern. Auch wenn nicht die Zahlen allein entscheidend sind, so sind sie immerhin Ausdruck des Organisationsverhältnisses und zeigen, wohin wir uns zur Popularisierung unseres Programms zu wenden haben.

*

Die erste und oberste Aufgabe zur Verwirklichung der «Neuen Schweiz» ist und bleibt die Frage, wie machen wir die Arbeiterorganisationen stark und wie befähigen wir sie, die Gedanken des neuen Programms aufzunehmen, sie in sich zu verarbeiten und dafür zu kämpfen.

Das Programm trägt die Überschrift: «Die neue *Schweiz*». Damit ist eigentlich auch schon der Weg angedeutet. Das Programm will auf dem *Eigenboden des Landes und des eigenen Volkes* stehen. Wenn es auch die internationalen Beziehungen und Voraussetzungen nicht negiert, gründet es sich doch auf die ureigensten Bedingungen der schweizerischen Entwicklung. *Es will die Schweiz, nicht Europa und nicht die Welt umgestalten.* Es will der schweizerischen Bevölkerung den Weg zu höhern ethischen Zielen und zur materiellen Wohlfahrt zeigen. Folgerichtig hat auch der Weg vom eigenen Boden, von den eigenen Verhältnissen auszugehen. Und wenn das Verständnis für die Programmziele geweckt, wenn

die Minderheit stark gemacht werden soll, um diese Ziele zu verwirklichen, tut zweierlei not. Einmal die Besinnung auf die Tatsachen des eigenen Landes und zweitens die Popularisierung in einer Art, die allen jenen Schweizern verständlich macht, was wir wollen und sie nicht aus lauter Formelkram, Dogmenstreit und Phraseologie von uns stößt.

In beiden Richtungen hat die Partei in den letzten Jahren einige Fortschritte gemacht. Der Zürcher Parteitag 1936 hat zwar in der *Militärfrage* mit kleinem Mehr die alte, ablehnende Haltung bestätigt, aber er bedeutete dennoch die grundsätzliche Umkehr in der Stellgungnahme zur Landesverteidigung. Trotz dem frühern Geschrei gibt es heute wohl keinen Parteigenossen mehr, der die neue Haltung bedauert, und wenn es jetzt, nach vier Jahren Krieg, noch Zweifler geben sollte, braucht man ihnen nur die Frage vorzulegen, wie es um die Arbeiterschaft und um die Partei stände, wenn der entscheidende Schritt damals nicht getan worden wäre. Selbst vor der Kommunistischen Partei ist in diesem Punkte die Sozialdemokratie salviert, nachdem Sowjetrußland mit den bourgeoisen und kapitalistischen Ländern im Bündnis steht und die Kommunisten auf Befehl von Moskau die Landesverteidigung ebenfalls als Bekenntnis aufgenommen haben.

Der zweite entscheidende Schritt ist die Neuordnung des Verhältnisses zur *Demokratie*. Wenn die mit so viel Hoffnungen aufgezogene und so kläglich auseinandergefallene Richtlinienbewegung keinen andern Erfolg gehabt hätte, als die Wendung im Problem Diktatur und Demokratie, so mag sie in diesem Punkt noch über das frühe Grab hinaus versöhnend wirken. Denn auch das Bekenntnis zur Demokratie war, wie das Bekenntnis zur Landesverteidigung, eine Lebensnotwendigkeit für die Partei wie für das Land, und hätte die Partei den Schritt nicht gewagt, so würden ihn die Arbeiter gegen die Partei getan haben.

Man könnte diesen Faden gemächlich weiterspinnen. Da ist die sogenannte *Burgfriedenspolitik*. Welcher Mißbrauch wurde mit dem Ausdruck nicht getrieben, wie nützen ihn die Kommunisten nicht als Alltagsware, als einen wahren Popanz gegen die Partei und gegen die Gewerkschaften. Dabei begnügen sie sich bewußt mit dem Schlagwort und hüten sich sorgsam, den Begriff zu analysieren. Tatsachen aber sind: *Mit keinem ihrer Gegner hat die Sozialdemokratie einen Pakt geschlossen, der ihre Selbständigkeit und ihre Entschlußfreiheit, ihre Grundsätze und ihre Weltanschauung oder ihren Kampf für die sozialdemokratischen Forderungen aufhöbe.* Dagegen hat die Sozialdemokratie, in Würdigung der Entwicklungsstufe und der gegebenen Machtverhältnisse nicht gezögert, gewisse Notwendigkeiten einzusehen, mit ihnen zu rechnen, durch eine geeignete Taktik, in Anlehnung an die nackten Tatsachen, das Beste für die Arbeiterschaft herauszuholen.

Man kann über Einzelheiten streiten, man kann sich fragen, ob nicht durch eine gelegentlich geschicktere Ausnützung der Verhältnisse nicht noch mehr hätte erreicht werden können. Aber das eine steht außer Frage: Eine Partei, die den Staat und die Demokratie anerkennt und beiden auch einiges zu verdanken hat, kann sich nicht abseits stellen, kann als Minderheit nicht eine sogenannte kompromißlose Politik treiben und sich

auf bloßes Wortgeschrei stützen, in der Meinung, auf diesem Wege die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen und für ihre Ziele zu begeistern. Das wissen die Genossen auf dem Lande, die unter harten und ganz andern Bedingungen, als in der Stadt, um das bescheidenste Mandat, um den kleinsten Erfolg zu kämpfen gezwungen sind. Das wissen die Gewerkschaften, die ohne den ständigen Kampf für die Erlangung materieller Verbesserungen oder für die Abwehr von Verschlechterungen ihre Daseinsberechtigung verlören, auch wenn dieser Kampf sich unter den veränderten Verhältnissen in andern Formen abspielt, als früher. Da genügen Phrasen und schöne Schlagworte nicht, auch die Berauschung an Versammlungstiraden und Demonstrationen nützt nichts, wenn bei alledem die Partei stagniert und ihre Entwicklung in umgekehrtem Verhältnis zu dem Wortgeklingel steht.

Diese Dinge haben mit der sogenannten Burgfriedenspolitik nichts zu tun. Es handelt sich ganz einfach um die Einschätzung der Tatsachen und Möglichkeiten, um das alte und immer wiederkehrende Problem, auf welchem Wege die Partei ihren Einfluß und ihre Macht mehren könne, auf welchem Wege es ihr gelinge, politisch Andersgläubige für die eigenen Ziele und Forderungen zu gewinnen.

*

Man rät jetzt der Partei wieder einmal, es mit neuen Mitteln und mit einer andern Taktik zu versuchen. Das in mühsamer innerer Arbeit aufgestellte Programm, die «Neue Schweiz» ist in einem gewissen Sinne bereits wieder veraltet. Man setzt zu dem Programm die Losung von der Einheitsfront *und scheint den dramatischen Abschnitt der Parteigeschichte aus der letzten Nachkriegszeit, den Kampf für und gegen die einundzwanzig Bedingungen, die darauf folgende Parteispaltung und die jahrelange Auseinandersetzung mit den Kommunisten bereits vergessen zu haben.* Mit einem billigen, keineswegs ehrlichen Lippenbekenntnis will man den Kommunisten unbesehen den Weg in die Partei ebnen, in der Meinung, sie zu stärken und ihre Kampfkraft zu erhöhen.

Die Partei ist aber nur ein Teil der Arbeiterbewegung. Ihr größter Teil ist in den Gewerkschaften gesammelt. Wie sich die Gewerkschaften, *denen immerhin eine Viertelmillion Arbeiter und Angestellte angehören,* zu der erträumten Einheitspartei mit Hofmaier, Bodenmann, Nicole und Konsorten stellen werden, dürfte praktisch entschieden sein. Die sogenannte Einheitspartei bedeutet nach dieser Seite die Isolierung, das Auseinanderfallen mit den Gewerkschaften, bedeutet die Schwächung, nicht die Stärkung der Arbeiterbewegung.

Wer freilich glaubt, der Beginn der revolutionären Situation, in der nach einem bekannten Wort von Engels die Quantität in die Qualität und umgekehrt umschlage, sei soviel wie unleugbare Tatsache, wer statt der Organisierung der Arbeitermassen das Heil in jakobinischen Methoden sieht, wer heute die revolutionäre Situation in der Schweiz voraussetzt, weil unter andern Bedingungen im Ausland Umwälzungen bevorstehen, der wird auf die Gewerkschaften wenig Rücksicht nehmen.

Der Einzelne mag so argumentieren, die Partei kann es nicht. Dafür spricht neben vielen andern Überlegungen schon die eine simple Er-

wägung: Wenn es der Partei bis jetzt nicht gelang, die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder organisatorisch an sich zu fesseln, sie aus Gewerkschaftern zu überzeugten und bewußten Sozialdemokraten zu machen, wird man kaum annehmen dürfen, mit dem Losungswort von der Einheitsfront jene zu gewinnen, die überhaupt nicht organisiert sind, die weder eine politische Überzeugung noch das Verständnis für die Notwendigkeit des organisierten Kampfes haben. So entpuppt sich das Schlagwort von der Einheitsfront als hohle Phrase, die die Arbeiterschaft ein neues Mal auseinanderreißt und zur Auflockerung, statt zur Geschlossenheit und Machtvermehrung führt.

Ein anderes kommt hinzu. Man muß da offen reden, weil es um das Schicksal der Partei geht. Nicht damit schafft man die Einheitsfront, daß man zwei oder drei sich gegenüberstehende politische Richtungen organisatorisch zusammenführt. *Es kommt auf die Gesinnung und deren Lauterkeit an.* Das Experiment wurde nach einer andern Seite mit der Richtlinienbewegung vor wenigen Jahren gemacht. Das Ergebnis ist bekannt, der Versuch ist gescheitert.

Zu der organisatorischen Einheit gehört als Voraussetzung die Übereinstimmung im Ziel und im Weg. Diese Voraussetzung besteht im Verhältnis zu den Kommunisten nicht. Es genügt nicht, feierlich zu erklären, man akzeptiere theoretisch die in der «Neuen Schweiz» aufgestellten Ziele, während man praktisch die Partei, die das Programm aufstellte, Tag für Tag mit Schmutz und Kot bewirft, ihre Vertrauensleute seit Jahren beschimpft, als Verräter brandmarkt und diese verleumderische Kampagne nunmehr gleichzeitig mit dem Ruf nach der Einheitsfront mit illegalen Schmähschriften fortsetzt. Zur Politik gehören schließlich nicht nur Losungen und Forderungen. Ihre Bestandteile sind daneben, wenn man an die Reinheit der Ziele glaubt, die Ehrlichkeit und Sauberkeit, sind Charakter und Würde, ohne die auch eine Partei nicht bestehen kann. Wenn die Partei auf diese Dinge etwas hält, kann sie jedenfalls nicht von dem vom Parteivorstand vorgeschlagenen Weg einer Überprüfung allfälliger individueller Aufnahmegesuche abgehen und jene Leute der Partei eingliedern, die sich bis auf den heutigen Tag mit wilder Leidenschaft gegen ihre Politik auflehnen. Das müßte zur innern Zerreißung der Partei führen, mit all ihren Begleiterscheinungen der Verärgerung und der Verekelung der Parteiarbeit, einer Verärgerung und Verekelung, die wir aus den beiden letzten Jahrzehnten zur Genüge kennen *und die auch jetzt ein ungenanntes Bemühen der Kommunisten bilden.* Sollte der Parteitag diesen Tendenzen in stimmungsmäßiger Verblendung folgen, dann müßte die wahre Gesinnung der Partei durch eine *Urabstimmung* geklärt werden.

*

Ziel und Weg gehören zusammen. Nachdem das Ziel aufgestellt ist, haben wir uns davor zu hüten, daß ein Weg eingeschlagen wird, der andres Ziel erzeugt.

Das Ziel kann nur erreicht werden, wenn wir die Massen zu gewinnen versuchen. Um sie zu gewinnen, haben wir uns ehrlich zu bemühen, ihnen unser Programm zu verdeutlichen und verständlich zu machen. Das aber ist keine ausschließliche Aufgabe des theoretischen Wissens. Die Theorie

hat sich mit der Praxis zu verbinden, und zwar so zu verbinden, *daß wir dort anknüpfen, wo die Lebensbedingungen der zu gewinnenden Massen unmittelbar im Spiel stehen und wo dem Versprechen die Verwirklichung folgt.*

Die Aufgabe dürfte hier nicht allzu schwer sein. Im Vordergrund stehen die *Jugend* und das *Alter*, und zwischen diesen beiden Polen liegt die Sorge um die *Erringung und Aufrechterhaltung einer ausreichenden Existenz.* Daraus ergeben sich die unmittelbaren Forderungen des Tages, die in unserem Programm bereits enthalten sind.

Die Aktion für die «Neue Schweiz» muß auf das engste mit diesen Forderungen verbunden werden, wenn sie überhaupt Aussicht auf Erfolg haben soll. Wenn wir das wollen, dürfen wir keinen Weg wählen, der uns zwar einen Trupp Kommunisten bringt, die jetzt in die Partei hinein wollen, um für ihren Kampf gegen uns, den sie bisher außerhalb unserer Partei führten, eine neue Platttform zu gewinnen, einen Weg aber, der notgedrungen neue innere Konflikte schafft, die Partei und die Gesamtheit der Arbeiterbewegung schwächer und nicht stärker macht und uns vom Ziel entfernt, statt sich ihm, durch die Ausdehnung unserer Macht und unseres Einflusses zu nähern.

Die Einheit der Arbeiterbewegung

Von Dr. Hans Oprecht

Der Parteitag vom 4. und 5. September in Winterthur wird, neben den ordentlichen statutarischen Geschäften, vor allem zwei wichtige Fragenkomplexe zu beraten und, soweit zurzeit das möglich ist, vom Standpunkt der schweizerischen Arbeiterklasse aus einer Lösung entgegenzuführen haben.

Die Einigung der politisch zerrissenen Arbeiterbewegung der Schweiz muß am Parteitag in Winterthur als gegenwärtig brennendes Problem grundsätzlich entschieden werden. Es dürfen nicht länger innerparteiliche Auseinandersetzungen zum Schaden der Gesamtbewegung und zum Nutzen der herrschenden Klasse die Aktivität der politisch organisierten Arbeiterschaft hemmen und hindern. Es muß endlich die in der SPS. geeinigte Arbeiterklasse den wichtigen und drängenden Problemen der Zeit nach dem Krieg ihre ganze Aufmerksamkeit schenken und aus der Erkenntnis des richtigen Weges zur politischen Aktion übergehen. Die großen Aufgaben, die die kommende Zeit des Kriegsendes und die ersten Jahre der Nachkriegszeit stellen werden, verlangen gebieterisch, daß am Winterthurer Parteitag die Grundlagen der Einheit geschaffen werden, um auf einer soliden Basis konstruktive Arbeiterpolitik betreiben zu können.

I.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 20 Jahren durch die Gründung der Dritten Internationale war ein Verhängnis. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale durch das EKKI. ist nur eine Bestäti-